

# Nahost: Erhoffter Durchbruch bleibt aus

Scharon: «Nahost-Konferenz ohne Arafat» – Treffen Powell-Arafat als «nützlich» bezeichnet

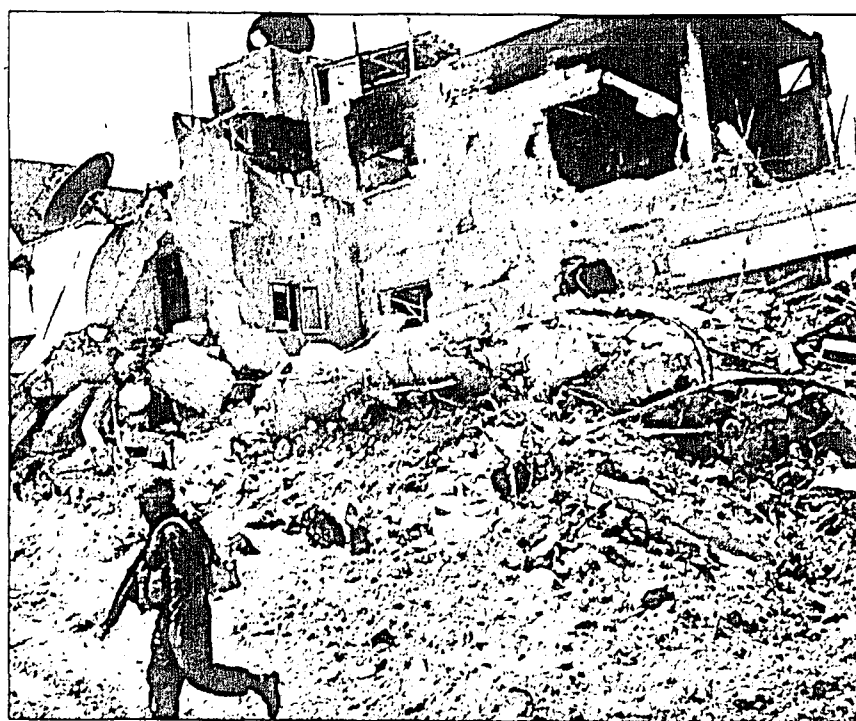
RAMALLAH: Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon hat im Gespräch mit US-Aussenminister Colin Powell seinen Vorschlag für eine internationale Friedenskonferenz erneuert. Scharons Sprecher Raanan Gissin erklärte am Sonntag, Saudi-Arabien, Syrien und Libanon sollten neben Israel an einer solchen Konferenz teilnehmen, der palästinensische Präsident Jassir Arafat solle jedoch nicht eingeladen werden.

Die Konferenz unter Vorsitz der USA solle an einem neutralen Ort stattfinden, sagte Scharons Sprecher nach einem Treffen zwischen Powell und Scharon in Tel Aviv. Teilnehmen sollten Vertreter Israels, der Palästinenser, Ägyptens, Jordaniens, Marokkos, Saudi-Arabiens und der Golfstaaten sein. Dort könne die saudiarabische Friedensinitiative beraten werden, und Israel werde seine Position ohne Vorbedingungen erläutern, hiess es. Ein ranghoher Vertreter der US-Delegation sagte in Jerusalem, Washington sei offen für den Vorschlag.

Powell war zuvor mit Arafat im fast völlig zerstörten Hauptquartier des Palästinenserpräsidenten in Ramallah zusammengetroffen. Powell sprach nach der mehr als dreistündigen Zusammenkunft lediglich von «nützlichen und konstruktiven» Gesprächen. Arafat hatte bei dem Treffen den so-



Gestern besuchte US-Aussenminister Colin Powell den Chef der palästinensischen Autonomiebehörde Jassir Arafat, während die Zerstörungen weitergingen.



fortigen Rückzug der israelischen Armee gefordert. Powell war zu dem Treffen erst bereit gewesen, nachdem Arafat offiziell «alle terroristischen Aktionen gegen Zivilisten» verurteilt hatte, auch den jüngsten Selbstmordanschlag in Jerusalem.

Nach Angaben eines israelischen Regierungsvertreters nannte Scharon keinen Zeitplan für einen israelischen Truppenrückzug aus dem Westjordanland. Powell feist heute Montag weiter nach Libanon und Syrien.

Der Oberste Gerichtshof Israels erlaubte der Armee derweil die Beerdigung der Palästinenser, die in den vergangenen Tagen bei Kämpfen im Flüchtlingslager Dschenin getötet wurden. Nach palästinensischen Angaben wurden mindestens 500 Menschen getötet. Dagegen sprach der israelische Verteidigungsminister Benjamin Ben Elieser von «Dutzenden» lodesopfern, in der Mehrzahl bewaffnete Männer.

Die EU zeigte sich besorgt über die

Berichte angeblicher Massaker. Sollten sich die Angaben bewahrheiten, werde dies «ernste Konsequenzen haben».

Die israelischen Behörden erlaubten dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) derweil den Zugang zum Lager für Montagmorgen, wie IKRK-Generaldirektor Paul Grossrieder im Westschweizer Fernsehen erklärte. Bisher war dies der Organisation verwehrt worden.

Auf dem Gelände der Geburtskirche in Bethlehem töteten israelische Sol-

daten am Samstag nach Angaben eines Augenzeugen einen palästinensischen Polizisten. Ein Armeesprecher bestätigte eine Militäraktion, sagte jedoch, dass die Armee keine Schüsse auf das Gelände abgebe.

In mehreren europäischen Städten demonstrierten am Wochenende erneut Zehntausende friedlich gegen den Militäreinsatz Israels. Am grössten Protestzug am Samstag in Berlin beteiligten sich nach Polizeiangaben über 11 000 Menschen.

## Jetzt 11 deutsche Opfer

Djerba: Anschlag als Ursache vermutet

BERLIN/DJERBA: Die Zahl der Toten nach der Explosion in einer jüdischen Synagoge im tunesischen Djerba ist über das Wochenende auf 16 gestiegen. Ein 18 Monate alter Junge und zwei Frauen erlagen am Wochenende in Deutschland ihren Verbrennungen.

Nach Ansicht der deutschen Bundesregierung sind die 11 toten Deutschen wahrscheinlich Opfer eines Anschlags geworden. Die Indizien für ein Attentat verdichteten sich, sagte Bundesinnenminister Otto Schily. «Es ist wohl so, dass man von einem Attentat ausgehen muss.» Zu den Ermittlungen

wollte er keine näheren Angaben machen, «um diese nicht zu beeinträchtigen.» Offenbar mahnte die deutsche Regierung die tunesischen Behörden zu besserer Kooperation. Es habe anfänglich ein gewisses Zögern in Tunesien gegeben, mit den deutschen Beamten zusammen zu arbeiten, so Schily. Tunesische Regierungskreise beharrten darauf, dass es sich nicht um einen Anschlag gehandelt habe. «Zum jetzigen Zeitpunkt der Ermittlungen gibt es nichts, was andere Rückschlüsse als die ursprüngliche Vermutung zulässt, dass es sich um einen Explosionsunfall handelt», hiess es in Tunis.

## US-Soldaten unter Beschuss

KABUL: Nach Wochen relativer Ruhe sind die US-Truppen in Afghanistan wieder unter Beschuss geraten. Wie ein Militärsprecher am Sonntag mitteilte, wurde in der Nacht zuvor eine gemeinsame Patrouille amerikanischer und afghanischer Soldaten angegriffen. Auch der Flugplatz bei Chost kam unter Feuer. Am Freitagabend war bereits ein britisches Kontingent der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (ISAF) attackiert worden. Unterdessen hiess es in Kabul, Exkönig Mohammed Sahir Schah werde am Mittwoch oder Donnerstag zurückkehren.

US-Major Bryan Hilferty erklärte, die angegriffene Patrouille habe zurückgeschossen und vermutlich mehrere Taliban- und El-Kaida-Kämpfer getötet. Weitere Personen seien festgenommen worden. In den eigenen Reihen habe es keine Opfer gegeben. Angaben zum Ort des Zwischenfalls machte der Militärsprecher nicht, berichtete aber, dass an mehreren Stellen in Afghanistan wieder grosse Waffenlager gefunden worden seien. Auf den von US-Truppen kontrollierten Flugplatz bei Chost wurden in der Nacht zum Sonntag offenbar mehrere Raketen abgefeuert. Nach Angaben des örtlichen Kommunalvertreters Fasal Mir wurden dabei drei Afghanen verletzt. Die Gegend nahe der pakistanischen Grenze gilt nach wie vor als Hochburg von Taliban- und El-Kaida-Kämpfern.

## El-Kaida-Mitglied verhaftet

MADRID: Der spanischen Polizei ist offenbar ein schwerer Schlag gegen das Terrornetzwerk El Kaida gelungen. Wie Innenminister Mariano Rajoy am Sonntag mitteilte, wurde der mutmassliche Finanzchef von Osama bin Laden in Spanien, Ahmed Brahim, am Samstagabend in Sant Joan Despi bei Barcelona festgenommen. Der algerische Geschäftsmann wird verdächtigt, die Finanzmittel für die Bombardierungen der US-Botschaften in Kenia und Tansania beschafft zu haben. Dabei waren im August 1998 insgesamt 231 Menschen ums Leben gekommen.

Dem 57-jährigen Brahim werden enge Kontakte zu dem mutmasslichen El-Kaida-Gründungsmitglied Mamduh Mahmud Salim nachgesagt, der der oberste Finanzchef des Terrornetzwerks gewesen sein soll. Salim wurde 1998 bei München verhaftet und an die USA ausgeliefert, wo er jetzt in New York auf seinen Prozess wartet. Bei der Festnahme Brahims befanden sich dem spanischen Innenminister zufolge vier Franzosen mit ihm in seiner Wohnung. Diese würden jetzt überprüft, seien aber nicht inhaftiert worden.

## Schwere Kämpfe in Nepal

KATHMANDU: Bei den bislang schwersten Kämpfen zwischen Polizisten und maoistischen Rebellen in Nepal sind in einer einzigen Nacht mehr als 160 Menschen getötet worden. Die Polizei führte am Samstag Journalisten zum Schauplatz der blutigen Auseinandersetzungen in zwei entlegenen Ortschaften im Westen des Himalaya-Staates. König Gyanendra rief die Bevölkerung am Sonntag zur Einheit im Kampf gegen die Maoisten auf, deren Aufstand schon mehr als 3000 Menschen das Leben gekostet hat. Ziel des Rebellenangriffs in der Nacht zum Freitag war nach Angaben von Polizeinspektor Padam Vohra das Haus des Ministers für Innere Sicherheit, Khum Bahadur Khadka, in der rund 300 Kilometer östlich von Kathmandu gelegenen Ortschaft Satbariya.

## Bern: Alles beim Alten

BERN: Die Berner Kantonsregierung setzt sich weiterhin aus drei SVP-Mitgliedern sowie zwei Vertretern von FDP und SP zusammen. Bei den Wahlen vom Wochenende wurden die sechs wiederkandidierenden Regierungsräte bestätigt. Die SP-Kandidatin Barbara Egger setzte sich im Rennen um Platz 7 knapp gegen die Grüne Franziska Teuscher durch. Bei einer rekordtiefen Wahlbeteiligung von 28,2 Prozent und einem absoluten Mehr von 64 795 Stimmen lagen die fünf bürgerlichen Regierungsmitglieder, die alle zur Wiederwahl antraten, erwartungsgemäss klar vorn. Die seit vier Jahren regierende Polizei- und Militärdirektorin Dora Andres von der FDP erzielte mit 101 543 Stimmen das Spitzenresultat. Knapp dahinter folgte der erst im vergangenen Juni in die Regierung eingezogene Finanzdirektor Urs Gasche von der SVP. Der amtierende Regierungspräsident und Justizdirektor Werner Luginbühl von der SVP erreichte das drittbeste Ergebnis.

## Chavez feiert triumphale Rückkehr

Venezuela: Übergangspräsident konnte sich nicht halten

CARACAS: Zwei Tage nach seinem dramatischen Sturz hat der venezolanische Präsident Hugo Chavez am Sonntag unter dem Jubel seiner Anhänger wieder die Macht übernommen. Mit geballter Faust zog er wieder in den Präsidentenpalast in Caracas ein.

In einer Fernsehansprache rief er die venezolanische Bevölkerung zur Ruhe auf. Der vom Militär vorübergehend eingesetzte Übergangspräsident Pedro Carmona hatte sich nur einen Tag im Amt halten können, dann wurden unterschiedliche Meinungen auch in der Armee deutlich. Zuvor hatten tausende Anhänger Chavez' für dessen Rückkehr demonstriert.

Chavez erklärte, er hege zwar keine Rachegefühle; die Vorfälle der vergangenen Tage würden jedoch nicht ohne Konsequenzen bleiben. In den Strassen von Caracas feierten tausende Anhänger mit Gesang und Feuerwerk Chavez' Rückkehr. Der triumphierende Staatschef war mit einem Hubschrauber in der Hauptstadt eingetroffen, der ihn von seinem Arrest auf der Insel Orchilla zurück zum Präsidentenpalast brachte. Seine Familie und Regierungsmitglieder betonten, er sei nie

zurückgetreten, wie dies Carmona und das Militär nach seinem Sturz am Freitag erklärt hatten.

Ein Sprecher von Chavez kündigte an, die Minister von Carmona und auch einige Offiziere würden wegen dieses Putschversuchs vor Gericht gestellt. «Sie müssen die Verantwortung übernehmen», sagte Isaias Rodriguez. «Sie werden mit all ihren Rechten vor Gericht gestellt, aber sie werden vor Gericht gestellt.»

Der Geschäftsmann Carmona

gehörte auch zu den Anführern des Generalstreiks, der am Freitag zum Sturz von Chavez führte. Er war von Soldaten festgenommen worden, die ihm vorwarfen, er habe am Donnerstag auf eine Demonstration von rund 150 000 Menschen schiessen lassen. Dabei gab es mindestens 25 Tote und hunderte Verletzte. Bei Unruhen am Samstag wurden nach Angaben des Bürgermeisters von Caracas, Alfredo Pena, weitere neun Menschen getötet.



Zwei Tage nach seinem Sturz feierte der venezolanische Präsident Hugo Chavez am Sonntag eine triumphale Rückkehr an die Macht.